

Geburtsstunde ohne Euphorie

Am 23. Mai wird die Bundesrepublik Deutschland 70 Jahre alt. Ihr Geburtsort? Frankfurt am Main! Die sogenannten „Frankfurter Dokumente“, die im Juli 1948 in Frankfurt überreicht wurden, sahen die Gründung eines westdeutschen Staates vor.

Die Dokumente enthielten die Vorstellungen der Alliierten über die Ausgestaltung eines neuen Staates in Westdeutschland. Sie waren der erste Schritt zur Eigenverantwortlichkeit eines Teils von Deutschland und bildeten die Grundlage für das freiheitlich-demokratische Grundgesetz. Wichtige Grundsätze, die heute für die meisten Menschen in Deutschland selbstverständlich sind, wurden erstmals gesetzlich verankert: die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung, Leben und körperliche Unversehrtheit, die Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Rückblick: Terrorherrschaft im Unrechtsstaat

Was es bedeutet, wenn ein Staat Menschen diese Rechte abspricht, hat neben vielen anderen auch die Frankfurter Familie Frank erfahren. 1934 emigrierte die jüdische Familie aus Frankfurt nach Amsterdam. In Deutschland hatten Otto und Edith Frank mit ihren Kindern Margot und

Anne keine Perspektive mehr. Übergriffe durch SA und SS auf die jüdische Bevölkerung nahmen zu, und der Staat schützte seine jüdischen Bürger nicht mehr. Schließlich folgte die vollständige Entrechtung der jüdischen Bevölkerung durch eine Vielzahl an Gesetzen. Als die Nürnberger Rassengesetze und über 2.000 weitere antisemitische Gesetze ab 1935 in Kraft traten, lebten die Franks bereits in den Niederlanden. Dort erlebte die Familie 1940 die Kapitulation der Niederlande sowie erste Deportationen von Juden und 1942 die Einführung des gelben Sterns. Im selben Jahr tauchte die Familie unter. Am Ende überlebte lediglich Otto Frank die Nazi-Diktatur und kehrte 1945 nach Amsterdam zurück. Die anderen Familienmitglieder wurden nach ihrer Deportation in Konzentrationslagern ermordet.

Uneinige Besatzungsmächte

Die Besatzungsmächte, die eigentlich seit 1945 einen aus vier Besatzungszonen bestehenden deutschen Nachkriegsstaat schaffen wollten, konnten in der „Deutschlandfrage“ keine gemeinsame Linie finden. Schließlich strebten die USA und Großbritannien die Teilung Deutschlands an. Seit dem Frühjahr 1948 trieben die beiden Mächte die Grün-

dung eines Staates in den westlichen Besatzungsgebieten voran. Dafür galt es, die internationalen Partner zu überzeugen: Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg. Im Juni 1948 wurden die „Londoner Empfehlungen“ für die Organisation des westdeutschen Staates veröffentlicht. Und während man auf die Zustimmung Frankreichs wartete, versuchte man, Politiker in Deutschland zu überzeugen.

Treffen im IG-Farben-Gebäude

Dafür bestellten die Alliierten die damaligen obersten Repräsentanten der westdeutschen Politik, neun Ministerpräsidenten und die beiden Bürgermeister der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, für den 1. Juli 1948 nach Frankfurt. Man traf sich im Hauptquartier der Amerikaner, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben.

Die deutschen Vertreter erhielten die Frankfurter Dokumente mit dem Gründungsauftrag für einen neuen Staat. Die Atmosphäre im IG-Farben-Gebäude muss frostig gewesen sein: Die Alliierten verlasen die Dokumente in ihren Muttersprachen. Eine deutsche Übersetzung gab es erst am Ende. Die Dokumente ermächtigten die Ministerpräsidenten, bis zum 1. September 1948 eine Ver-

Das IG-Farben-Haus oder der Poelzig-Bau (Poelzig-Ensemble, früher auch IG-Farben-Gebäude, IG-Farben-Komplex, IG-Hochhaus, Farben Building, von 1975 bis 1996 offiziell General Creighton W. Abrams Building) in Frankfurt am Main wurde von Hans Poelzig



Frankfurter Konferenz am 1. 7. 1948.
Im Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen in Frankfurt trafen die drei Militärgouverneure der Westzonen mit den elf Ministerpräsidenten der Länder zusammen, um ihnen ihren Plan für eine deutsche Separatereinigung vorzulegen.



Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst - Zentralbild (Bild 183)

Am Konferenztisch sitzend v.l.n.r.: Leo Wohleb, Baden; Dr. Hans Erhard, Bayern; Wilhelm Kaisen, Bremen; Max Brauer, Hamburg; Christian Stock, Hessen; Karl Arnold, Nordrhein-Westfalen; Hinrich Kopf, Niedersachsen; Dr. Reinhold Maier, Württemberg-Baden.

sammlung zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung einzuberufen, „die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält“.

Die Freude bei den deutschen Vertretern hielt sich in Grenzen – immerhin bedeutete das die Teilung Deutschlands. Ende Juli war die

Gründung des westdeutschen Nachkriegsstaats dennoch beschlossene Sache. Nun begann die Arbeit am Grundgesetz, das Konrad Adenauer am 23. Mai 1949 verkündete. Daraufhin fand die erste Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Bundestag und Bundesrat konstituierten sich

schließlich am 7. September 1949 in Bonn. Seither gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Vielleicht hätte unter diesen Bedingungen Anne Frank am 12. Juni 2019 ihren 90. Geburtstag feiern können.

Claudia Šabič

entworfen und als Zentralverwaltung für die I. G. Farben von 1928 bis 1931 errichtet. Nach Kriegsende zog die amerikanische Militärverwaltung dort ein. Seit 2001 beherbergt das Gebäude einen Teil der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Foto: EvaK / 2009